

## **Pressemitteilung**

Ansbach, 07. Mai 2014

*Offene Linke einzige Oppositionsfraktion im Stadtrat*

### **Postenschacher der großen Wahlverlierer-Koalition kostet Ansbacher Steuerzahler über 20.000 Euro**

Der neue Ansbacher Stadtrat hat sich konstituiert. Einig zählbares Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger: Finanzielle Mehrbelastung in der kommenden Legislaturperiode in Höhe von mehr als 20.000 Euro durch die Schaffung neuer Pöstchen.

Dass die im Vorfeld bar jeglicher politischen Ziele für die Menschen unserer Stadt zwischen CSU und SPD -unter Hinzuziehung von wahlweise Freien Wählern und Grünen als Mehrheitsbeschaffer- ausgedeilten Bürgermeisterposten an Thomas Deffner (25,0 % der Wählerstimmen bei der OB-Wahl) und Martin Porzner (14,2%) gingen, war ausgemachte Sache. Christian Schoen (5.900 Stimmen bei der Stadtratswahl) und Elke Homm-Vogel (6.100 Stimmen) erhielten für die (Teil-) Gefolgschaft ihrer Fraktionen im Gegenzug die Unterstützung der Ansbacher GroKo beim Beschluss über die „weiteren Stellvertreter“.

Eigens für diese Konstellation wurden diese Pöstchen um einen weiteren Stellvertreter aufgebläht, was so die Ansbacher Steuerzahler in der kommenden Legislaturperiode über 20.000 Euro zusätzlich kostet. Allein die Offene Linke Ansbach (OLA) stemmte sich gegen die finanzielle Mehrbelastung der Bevölkerung: „Ohne Inhalte und ohne klare Aufgabenbeschreibung sich Posten auf Kosten der Gebührenzahler zuzuschancen ist ein grundfalsches Signal für den Start in die neue Wahlperiode. So gewinnt man verloren gegangenes Vertrauen in die Politik definitiv nicht zurück“, betonte die neue OLA-Stadtratsfraktion.

Nachdem nun neben der für BAP und ÖDP angetretene OB Seidel alle Fraktionen in der Stadtspitze vertreten sind, freut sich die OLA auf ihre Rolle als einzig verbliebene Kraft der Opposition im Stadtrat: „Unser Ziel bleibt eine sozial-ökologische Zukunftsgestaltung für die Menschen in unserer Stadt. Hierbei wollen wir konstruktiv Mehrheiten für konkrete Ziele erarbeiten, nicht für Grußonkel-Pöstchen auf Kosten der Steuerzahler“, erklärte Fraktionsvorsitzender Boris-André Meyer (7.500 Stimmen bei der Stadtratswahl).

Lichtblick bleibt, dass die von der OLA beantragte Bürgerfragestunde in Stadtratssitzungen in greifbare Nähe gerückt ist: Die Verwaltung wird hierzu eine konkrete Formulierung für die Geschäftsordnung bis zur kommenden Sitzung ausarbeiten. „Neben der Bürgerfragestunde wollen wir peu-à-peu weitere direkt-demokratische Instrumente für die Bevölkerung, etwa das Antragsrecht von Stadtteilversammlungen, verankern“, kündigte die OLA abschließend an.

gez.

*Kerstin Kernstock-Jeremias  
Boris-André Meyer  
Uwe Schildbach*